

„Fläche Heinum aufgeben“

Rat Despetal diskutiert ausführlich zum Entwurf des Raumordnungsprogramms

EITZUM ■ „Die Gemeinde Despetal fasst den Beschluss, der Samtgemeinde Gronau zu empfehlen, den geplanten Standort Heinum für die Ausweisung einer Windenergie-Fläche aufzugeben.“ Dieser einstimmige Beschluss war das Ergebnis ausführlicher Erläuterungen durch Hans Kirsch als zuständiger Sachbearbeiter der Gronauer Samtgemeindeverwaltung rund um den Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms (RRÖP).

Zuvor musste Andreas Zastrow (SPD) in seiner Funktion als Vorsteher des Rates der Gemeinde Despetal mitunter mit Nachdruck die Sitzung in die Bahnen lenken, die einer Gemeinderatssitzung angemessen waren. Die nach den Erläuterungen Kirschs eingeläutete Diskussion hatte den Ratsherrn Albert Rehse (SPD) veranlasst, sich ausführlich zu diesem Thema zu äußern und seine schriftlich fixierten Bedenken und Anregungen vorzutragen.

Windenergie

„Wir müssen uns auf die Punkte beschränken, über die wir als Gemeinde zu beraten haben“, versuchte Zastrow die komplexen Ausführungen Rehses zu stoppen: „Alles andere ist Sache der Samtgemeinde und nicht Grundlage unserer Entscheidungen.“ Das Hauptaugenmerk der vorgebrachten Ausführungen seitens der Samtgemeinde lag auf der Thematik der Windenergie. Hier sieht der Plan des Landkreises Hildesheim die Ausweisung einer etwa 15 Hektar großen Fläche für Windenergienutzung im Bereich Heinum/Eitzum/Sibbesse vor: „Die Samtgemeinde beabsichtigte, die Anre-

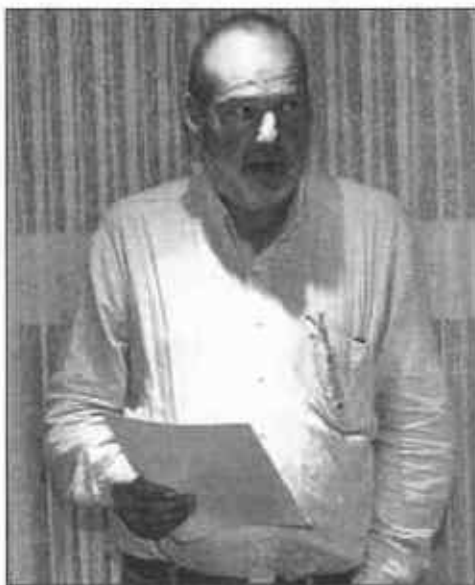
gung zu geben, der Windenergie an anderer Stelle ausreichend Platz zu geben. Sie wird die Ausweisung einer größeren und zusammenhängenden Fläche westlich der B 3 anregen. Damit könnte die östlich von Heinum zur Ausweisung vorgesehene Fläche entfallen.“

Ebenfalls einstimmig wurde in diesem Zusammenhang beschlossen, der Samtgemeinde zu empfehlen, die grundsätzliche Abstandsfläche zu Siedlungsgebieten von den geplanten 750 Metern auf 1 000 Meter zu erhöhen. Die von Albert Rehse zusammengestellten Anregungen und Bedenken hinsichtlich der für die Samtgemeinde relevanten Belange sollen dem zuständigen Bau- und Finanzausschuss vorgelegt werden, damit diese dort entsprechend behandelt werden können.

Im weiteren Sitzungsverlauf einigten sich die Ratsmitglieder einmütig darauf, einen Pachtvertrag über die Sportplatzfläche Eitzum für die nächsten zehn Jahre abzuschließen. Bislang wurde der Vertrag seitens der Grundstückseigentümer jeweils immer nur um ein Jahr verlängert.

„Kuckucksei“

Als „Kuckucksei“, das der Gemeinde Despetal von der Samtgemeinde Gronau ins Nest gelegt wurde, bezeichnete Peter Neuber (SPD) die auf der Tagesordnung stehende Beteiligung der Gemeinde an den Hallenbenutzungsgebühren des Landkreises Hildesheim. Durch die Nutzung der Sporthalle



Ratsherr Albert Rehse (SPD) bezieht detailliert Stellung zum RRÖP. ■ Foto: Fritzsche

Am Wildfang in Gronau durch die Handballspielgemeinschaft 09 Gronau/Barfede zu Trainings- und Punktspielzeiten entstanden der Gronauer Samtgemeinde 2012 Kosten für insgesamt 656,5 Stunden, die jeweils mit 12,54 Euro/Stunde zu Buche schlugen. Für die Gemeinde Despetal würde dies bedeuten, der Samtgemeinde zukünftig die Hälfte der angefallenen Kosten in Höhe von rund 8 200 Euro zu erstatten. „Das können wir einfach nicht so hinnehmen“, machte Neuber deutlich und unterbreitete den Vorschlag, hier zunächst einmal Gespräche mit der Handballspielgemeinschaft zu führen, um abzuklären, ob nicht zumindest die Trainingseinheiten in der gemeindeeigenen Sporthalle in Eitzum abgehalten werden könnten. „Hier in der Halle sind Kapazitäten frei und der Gemeinde würden für die Nutzung keine Kosten entstehen“, gab er zu bedenken. Mit

neun Ja-Stimmen zu einer Enthaltung einigten sich die örtlichen Ratsvertreter auf die Zurückstellung des Beschlusses, damit entsprechende Gespräche geführt werden können.

Die anlässlich des Hochwassers im Frühjahr dieses Jahres festgestellten Hochstände und Straßenüberflutungen in der Barfelder Bachstraße waren weiterhin Bestandteil der Ratssitzung. Vermutungen, dass im Despeverlauf entlang der Bachstraße Veränderungen im Seitenbereich zu einer Ver-

schlechterung der Abflusssituation geführt haben, ließen sich nach Aussage von Maik Götze als zuständiger Mitarbeiter des Fachbereichs für Planung, Bau und Umwelt zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nicht belegen.

Abflusssituation

„Ein Gespräch mit dem Leineverband wurde bereits geführt, ein weiteres mit der Unteren Wasserbehörde steht noch aus“, erklärte Götze. Alle Vermutungen und Mutmaßungen über die Ursachen der verschlechterten Abflusssituation speziell am Grundstück der Barfelder Hauptstraße 16 würden zwar darauf hindeuten, dass hier eine Landgewinnung stattgefunden habe, belegt sei dies derzeit allerdings noch nicht. Der Rat sprach sich deshalb dafür aus, zunächst die Zuständigkeiten und Kostenträger zu klären, damit dann weitere Maßnahmen beschlossen werden können. ■ fri